



# **für Rheinland-Pfalz im Bundestag**

**Rechenschaftsbericht von Josef Winkler**

**Landesdelegiertenversammlung**

**4. und 5. Dezember 2010 in Emmelshausen**

**[www.josef-winkler.de](http://www.josef-winkler.de)**

Bad Ems, im Dezember 2010

Liebe Freundinnen und Freunde,

2010 war kein gutes Jahr für die Bundesrepublik. Das erste Jahr der Schwarz-Gelben Koalitionsregierung zeichnete sich vor allem durch Entscheidungen aus, die vom überwiegenden Teil der Bevölkerung abgelehnt werden und die nur einigen wenigen Lobbygruppen gefallen.

Der Ausstieg aus dem Atomausstieg, wie er erst vor wenigen Wochen beschlossen wurde, verhindert ganz massiv den Ausbau der erneuerbaren Energien und eine Fortführung der modernen Energiepolitik, wie wir sie bei unserer ersten Regierungsbeteiligung auf Bundesebene initiiert hatten. Und: Der verlängerte Betrieb der Atomreaktoren dient lediglich dazu, die finanziellen und strategischen Interessen der vier großen Energiekonzerne abzusichern, gegen den Willen der Bevölkerung, gegen den Widerstand der vielen kommunalen Energieversorger und gegen jegliche Vernunft. Auch die Frage nach dem Verbleib des zunehmenden Atommülls beantwortet die Bundesregierung nicht so verantwortungsvoll, wie man es bei solch einer Hochrisikotechnologie erwarten darf.

Auch in Rheinland-Pfalz liegt vieles im Argen. Neben den vielen Euch allen bekannten Skandalen, die aus meiner Sicht ganz massiv die Glaubwürdigkeit der SPD aber auch die Glaubwürdigkeit der Politik insgesamt beschädigen, ist es fast noch schlimmer, dass die SPD keine Antworten auf die für unser Bundesland wichtigen Herausforderungen hat.

Wie schaffen wir es auch in RLP, eine Energiepolitik zu implementieren, die das Klima schützt und gleichzeitig wichtige wirtschaftspolitische Impulse gibt? Wie schaffen wir es, die Lebensqualität der Menschen in Rheinland-Pfalz zu erhöhen, durch weniger Lärm, durch eine bessere Infrastruktur, durch eine bessere soziale Versorgung unabhängig vom Geldbeutel? Kann es uns gelingen, eine Zäsur in der Bildungspolitik zu bewerkstelligen, durch die Bildungschancen für alle steigen, durch die Teilhabe an Bildung, am Arbeitsmarkt, am sozialen und gesellschaftlichen Leben für Alle gesichert wird? Durch die niemand zurückgelassen wird ohne Förderung, ohne Bildungs- oder Ausbildungsabschluss und ohne Chancen an zukünftigen Lebenschancen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir mit dem Entwurf für das Landtagswahlprogramm eine sehr gute Basis vorliegen haben, um die Zukunftsfragen für Rheinland-Pfalz zu beantworten.

Auf uns GRÜNE wird es in den kommenden fünf Jahren ankommen, wenn wir Rheinland-Pfalz voranbringen wollen. Das wiederum bedeutet, dass wir bis zur Landtagswahl engagiert wahlkämpfen müssen, um das beste jemals in Rheinland-Pfalz erzielte Ergebnis zu erreichen.

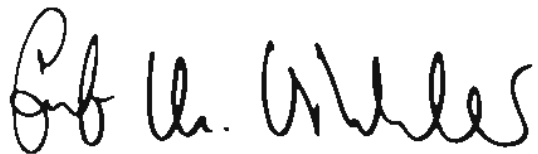
Dabei möchte ich in den kommenden Wochen und Monaten den Landesvorstand, die Spitzenkandidatin und den Spitzenkandidaten, alle ListenkandidatInnen und DirektkandidatInnen sowie alle Kreisverbände mit aller Kraft unterstützen, damit ich im kommenden Jahr nicht wieder mit dem Satz beginnen muss, dass das abgelaufene Jahr, kein gutes gewesen sei.

Wie es unsere Landessatzung vorschreibt, möchte ich Euch wie gewohnt mit dem vorliegenden Bericht über meine Arbeit der letzten zwölf Monate informieren.

Wenn Ihr darüber hinaus weitere Informationen zu meinen Tätigkeiten erhalten wollt, dann verweise ich auf meine Internetseite [www.josef-winkler.de](http://www.josef-winkler.de).

Selbstverständlich stehe ich Euch im Laufe der Landesdelegiertenversammlung auch persönlich zur Verfügung, um Eure Rückfragen, Rückmeldungen, aber auch Anregungen zu erfahren. Sprecht mich einfach auf dem Parteitag an, ich freue mich bereits sehr auf die Gespräche mit Euch.

Herzliche Grüße

A handwritten signature in black ink, reading "Prof. Dr. Winkler". The signature is written in a cursive, flowing style.

# **Meine Arbeit im Deutschen Bundestag**

## **Mein erstes Jahr als stellvertretender Fraktionsvorsitzender**

Bürgerrechte heißt das zentrale Thema im Arbeitskreis 3, zu dessen politischem Koordinator ich gewählt wurde. Dem Einsatz für Freiheit und Gerechtigkeit gilt meine politische Leidenschaft – und mit dieser Einstellung vertrete ich die AK-3-Themen im Fraktionsvorstand und den anderen Gremien – aber natürlich auch in der Öffentlichkeit.

Unsere sieben Abgeordneten sind für den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Petitionsausschuss und den Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung zuständig. Hinzu kommt der Unterausschuss Europarecht sowie die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“. Themen des AK 3 werden auch im Sportausschuss sowie im Ausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend verhandelt, ebenso im Parlamentarischen Kontrollgremium für die Geheimdienste.

Gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen kämpfte ich gegen Überwachung, für einen besseren Datenschutz, für eine freiheitliche Netzpolitik.

Unter dem Motto "Gesellschaft digital gestalten" versammelte der erste netzpolitische Kongress der grünen Bundestagsfraktion am 12. und 13. November 2010 über 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Deutschen Bundestag. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen der freie und gleichberechtigte Zugang zum Internet, die Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte, neue Ideen für Daten- und Verbraucherschutz, konsequente Green IT, offene Geschäftsmodelle im Netz und eine Informationsfreiheit 2.0 durch Open Data und Open Government.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des AK 3 ist der Einsatz gegen die Einführung des elektronischen Entgeltnachweises, kurz: ELENA. Hier bestehen massive datenschutz- und verfassungsrechtlichen Bedenken. So ist es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zum Beispiel nach wie vor nicht möglich, Auskunft darüber zu erhalten, welche Daten über sie übermittelt und zentral gespeichert wurden.

Nun hat die Bundesregierung angekündigt, den Start des ELENA-Verfahrens um zwei Jahre zu verschieben – offenbar wohl angesichts der vollkommen aus dem Ruder gelaufenen Kosten des Verfahrens - die Kommunen beschwerten sich zu Recht. Gegen das Projekt sprechen aber nicht in erster Linie die Kosten: Das größte

Datensammelprojekt in der Geschichte Deutschlands verstößt eklatant gegen datenschutz- und verfassungsrechtliche Vorgaben. Auf beide Probleme hatten wir unmittelbar nach dem Start von ELENA aufmerksam gemacht. Wir forderten die Bundesregierung in einem Antrag auf, das Projekt zu stoppen und grundlegend zu überarbeiten.

Die Koalition hätte gut daran getan, über ihren Schatten zu springen und unserem Antrag zuzustimmen. Nun werden weiterhin 40 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im datenschutzrechtlichen Regen stehen gelassen. Das ist ein Armutszeugnis. Ich halte daher an der Forderung fest, ELENA sofort auszusetzen, grundlegend zu überarbeiten und datenschutz- und verfassungsrechtlich einwandfrei auszugestalten.

Im Bereich der Rechtspolitik hat mich insbesondere das Thema „Sicherungsverwahrung“ beschäftigt:

Wir haben eigene Thesen zur Reform der Sicherungsverwahrung vorgelegt. Das Angebot der Koalition ist hingegen keine grundlegende Reform der Sicherungsverwahrung, sondern ein Neuaufguss der Fehler, die bereits Anlass für das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) waren. Anfang 1998 hatte die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung Warnungen von Experten in den Wind geschlagen und rückwirkend die seit 1976 bestehende Befristung der Sicherungsverwahrung aufgehoben. Das verstößt gegen den rechtstaatlichen Grundsatz "Keine Strafe ohne Gesetz". Nun will die Regierungskoalition diese Menschen – nachträglich – in eine neue Form der Unterbringung stecken. Das wird uns spätestens vor dem EGMR wieder auf die Füße fallen. Und wieder ist dann eine schwarz-gelbe Koalition dafür verantwortlich. Dass sie immer noch den Eindruck erweckt, es könne in einem Rechtsstaat absolute Sicherheit geben, das ist in meinen Augen einfach nur ein großer Schwindel.

Es ist bitter, dass wir in Deutschland nicht von der Gefahr von terroristischen Anschlägen ausgenommen sind. Seit dem 17. November 2010 besteht eine ernst zu nehmende Terrorwarnung für Deutschland. Aufmerksamkeit und Besonnenheit sind angesagt, damit die Sicherheitskräfte ihre Arbeit gut machen können. Populistische Forderungen nach neuen Gesetzen helfen hier in meinen Augen gar nicht.

Wer, wie ein ganzer Chor von CDU/CSU-Abgeordneten und Landesinnenministern, die Terrorwarnung und die Angst der Bürgerinnen und Bürger dazu ausnützt, alte Forderungen nach neuen Sicherheitsmaßnahmen wie der Vorratsdatenspeicherung in der Regierungskoalition durchzuboxen, schadet der notwendigen effektiven Terrorismusbekämpfung. Niemand konnte bisher eine überzeugende Erklärung liefern, wie die anlasslose Vorratsdatenspeicherung der Telekommunikationsdaten aller Bürgerinnen und Bürger gegen die aktuelle Bedrohung durch Terrorismus

helfen soll. Die konspirative Arbeit von Terroristen erzeugt gerade nicht die Datenspur, die Ermittler benötigen, um mit der Vorratsdatenspeicherung Erfolg zu haben.

Wir sind der Ansicht, dass die bisher bestehenden Möglichkeiten der Polizei ausreichen. Es war die rot-grüne Bundesregierung, die das gemeinsame Terror-Abwehr-Zentrum zur Koordination von Polizei- und Geheimdienstarbeit eingerichtet hat. Aus meiner Sicht muss vielmehr konsequent gehandelt werden bei realen Umsetzungsproblemen, insbesondere bei der Luftfracht. Es kann nicht sein, dass bei Flugreisen Menschen bis ins Kleinste durchleuchtet werden, Frachtgut aber einfach passieren kann. Die Frachtbeiladung, die in Passagiermaschinen mit unterwegs ist, muss grundsätzlich genauso sorgfältig kontrolliert werden wie die Fluggäste selbst, auch wenn das mehr Geld kostet. Die Sicherheit der Menschen - der Fluggäste, des Flugpersonals und der Beschäftigten bei den Dienstleistern – geht klar vor.

Terrorwarnungen sind stets auch die Bewährungsstunde für die Grundsätze unseres Rechtsstaates.

Der Terrorismus will Rechtsstaat und Demokratie unserer Prägung beseitigen. Wir verteidigen ihn nur, indem wir ihn bewahren. In diesem Sinne werde ich mich auch im nächsten Jahr engagieren.

# Flüchtlingspolitik

Im zurückliegenden Jahr hat sich in meinem Themenbereich als flüchtlingspolitischer Sprecher leider nichts zum Positiven bewegt. Im Gegenteil –die Bundesregierung hat bei den Verhandlungen um europäische Mindeststandards bei den Flüchtlingsrichtlinien die Rolle des Blockierers und Nörglers inne.

Es treiben mich daher weiter die menschenrechtliche relevanten Bereiche „Bleiberechtsregelung“, „Abschiebungshaft“, Asylbewerberleistungsgesetz“, „Residenzpflicht“ und „Frontex“ ; „Kinderrechtskonvention“ um.

Zu allen Themen habe ich inzwischen parlamentarische Initiativen in den Bundestag eingebracht:

## **Bleiberecht (BT-Drs. 17/1571 – Für eine wirksame und stichtagsunabhängige gesetzliche Bleiberechtsregelung)**

Langjährig hier lebende – bisher nur geduldete – Menschen müssen endlich eine sichere Zukunftsperspektive haben. Deshalb wollen wir eine großzügige Bleiberechtsregelung. Die geltende Regelung wird dem nicht gerecht. Ihre Voraussetzungen können von den meisten Geduldeten nicht erfüllt werden.

Wir setzen uns weiterhin für eine wirksame und stichtagsunabhängige gesetzliche Bleiberechtsregelung ein. Die Notwendigkeit einer solchen Regelung wurde bei der Anhörung des BT-Innenausschusses zum Bleiberecht am 27.10.2010 von den meisten Experten eindrücklich bestätigt.

Es bleibt abzuwarten, wie die schwarz-gelbe Koalition den jüngsten Beschluss der Innenministerkonferenz umsetzen wird.

Dieser Beschluss ist für viele bislang nur geduldete Jugendliche ein Schritt in die richtige Richtung. Endlich ist auch bei den Innenministern angekommen, dass die bisherige Bleiberechtsregelung Kinder für das Handeln ihrer Eltern in Haftung genommen hat und sie damit von einem Aufenthaltsrecht ausgeschlossen hat. Ich habe daher die Einsicht der Innenminister begrüßt, dass eine stichtagsunabhängige Regelung das einzig sinnvolle Instrument ist, um humanitären Härtefällen vorzubeugen.

Jetzt ist die schwarz-gelbe Koalition gefordert, zügig einen Gesetzesvorschlag zur Umsetzung vorzulegen. In diesem darf das Kriterium der eigenständigen Sicherung des Lebensunterhalts keine unüberwindbare Hürde mehr darstellen. Auch müssen weitere humanitäre Härtefälle, wie alte und kranke Menschen, die auf dem

Arbeitsmarkt keine Chance haben, in die gesetzliche Regelung aufgenommen werden.

### **Abschiebehaft -Rückführungsrichtlinie**

Auch bei der Umsetzung bestehenden EU-Rechts gibt es Defizite. Beispiel: Abschiebehaft. In Deutschland wird Abschiebehaft weiterhin zu schnell und zu häufig angeordnet und zu lange vollzogen. Dabei wird oftmals vergessen, dass Menschen, die sich in Abschiebungshaft befinden, keine Straftäter sind.

Wir haben die Bundesregierung jetzt aufgefordert, die Regelungen für die Abschiebungshaft im Lichte der Anforderungen an die Umsetzung der europäischen Rückführungsrichtlinie zu überprüfen. (BT-Drs. 17/2139 „Abschiebungshaft auf den Prüfstand – Europäische Rückführungsrichtlinie umsetzen“).

Das **Asylbewerberleistungsgesetz** führt zu einem diskriminierenden Ausschluss von Asylsuchenden und Geduldeten aus Sozialhilfe und Grundsicherung für Arbeitssuchende. Die Leistungen betragen nur rund zwei Drittel der Sozialhilfe. Wir wollen diesem unhaltbaren Zustand ein Ende machen und das Gesetz streichen. Wir haben daher erneut einen Gesetzentwurf zur Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes in den Bundestag eingebracht (BT-Drs 17/1428).

Spätestens seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelleistungen nach SGB II („Hartz IV-Gesetz“) ist klar: Die Beträge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind nicht nur viel zu niedrig und erfüllen nicht den verfassungsrechtlichen Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums; sie sind auch willkürlich festgesetzt worden und damit verfassungswidrig ausgestaltet.

### **Residenzpflicht**

Ich habe mich für die Abschaffung der sog. Residenzpflicht eingesetzt, da sie aus meiner Sicht gegen das Recht auf Freizügigkeit verstößt. Daher habe ich den Antrag „Residenzpflicht abschaffen – für weitestgehende Freizügigkeit von Asylbewerbern und Geduldeten“ (BT-Drs. 17/3065) ins parlamentarische Verfahren eingebracht.

### **Frontex – Flüchtlingsschutz an den europäischen Außengrenzen**

Mehrfach habe ich die Bundesregierung nach dem Zusammenspiel zwischen den in den Leitlinien für Frontex-Einsätze vorgesehenen Maßnahmen im Umgang mit einem vermeintlich von illegalen Migrantinnen und Migranten besetzten Boot und der Gewährung internationalen Flüchtlingsschutzes nachgefragt. (z.B. BT-Drs. 17/368 Auswirkungen der Frontex-Leitlinien auf den Flüchtlingsschutz“).

## **UN-Kinderrechtskonvention**

In den Verhandlungen auf EU-Ebene wehrt sich die Bundesregierung insbesondere gegen die Angleichung der Rechte von minderjährigen Flüchtlingen – auch nach der Rücknahme des Vorbehalts zur UN-Kinderrechtskonvention durch Deutschland.

Diese längst überfällige Rücknahme soll nach Aussagen der Bundesregierung im Übrigen folgenlos bleiben: Sie sieht keine Handlungsnotwendigkeit und keine Verpflichtung, Gesetze zu ändern. Wir haben daher einen Antrag eingebracht, in dem wir die bundesrechtlichen Konsequenzen aus der Rücknahme des Vorbehalts aufzeigen (BT-Drs. 17/2138 „Bundesrechtliche Konsequenzen aus der Rücknahme des deutschen Vorbehalts gegen die UN-Kinderrechtskonvention ziehen“).

# Integrationspolitik

Seit Beginn der 17. Legislaturperiode teile ich mir Zuständigkeit für das Thema Integrationspolitik mit meinem neugewählten Kollegen Memet Kilic.

Nahezu das gesamte Jahr war geprägt von heftigen Integrationsdebatten über angebliche Integrationsverweigerer und vermeintliche Schwierigkeiten bei der Integration von Muslimen.

Besonders Thilo Sarrazin hat der Debatte einen neuen ungunstigen Auftrieb gegeben: mit einem willkürlich gemischtem Zahlensalat, haltlosem Schwadronieren über Gene, vererbte Intelligenz und Aussterben der Deutschen: Das alles hat schwere Schlagseite nach Rechtsaußen. Lustvoll jongliert er mit rassistischen Ressentiments. Neues hat er aber nicht zu bieten. Seine Vorschläge für Problemlösungen muss man mit der Lupe suchen.

Es gibt Millionen erfolgreiche Integrationsgeschichten in Deutschland. Es gibt aber auch bei einer Minderheit der Zugewanderten –und nicht nur der Muslime - wie der Alteingesessenen deutliche Integrationsprobleme. Die liegen nicht an den Genen, nicht an der ethnischen Herkunft und sind nur selten in der Religion begründet. Es sind vor allem soziale Probleme: Bildungsferne, Perspektivenarmut und Diskriminierungserfahrungen. Damit verbunden ist oft ein Festhalten an patriarchalischen Weltbildern und Verhaltensweisen. Zahlreiche engagierte Menschen in den Kommunen, in den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, im Quartiersmanagement oder in Migranten-Organisationen arbeiten daran, diese Probleme zu lösen. Ihnen fallen die Sarrazins dieses Landes mit aller Kraft in den Rücken.

Für mich ist die Integration in diese Gesellschaft eine Kernfrage der Partizipation und Teilhabegerechtigkeit. Eine demokratisch verfasste Gesellschaft kann auf Dauer nur funktionieren, wenn nicht große Bevölkerungsteile von der vollen Teilhabe ausgeschlossen sind. Dazu zählt zentral der Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt. Daher haben wir entsprechende parlamentarische Initiativen mit Forderungen nach gesellschaftlicher Integration durch frühzeitige und durchgängige Sprachförderung sowie breit gefächerte Bildungsangebote in den Bundestag eingebracht. Wir wollen wirtschaftliche Integration durch Chancengerechtigkeit beim Zugang zum öffentlichen Dienst und zum privaten Arbeitsmarkt, einschließlich der erleichterten Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse. Notwendig ist auch die politische Integration durch ein kommunales Wahlrecht und durch eine einladende Einbürgerungspolitik (parlamentarische Initiativen, z.B. Gesetzentwurf zur Einführung eines kommunalen Ausländerwahlrechts, BT-Drs. 17/1150; Gesetzentwurf zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes, BT-Drs. 17/3411; Gesetzentwurf zur Liberalisierung des Ehegattennachzug BT-Drs. 17/1626).

Besonders erfolgreich war die große grüne Integrationskonferenz „Integration – wer verweigert hier was?“, die wir im Vorfeld des jährlichen Integrationsgipfels im Kanzleramt mit Praktikern aus der kommunalen Integrationsarbeit und mit der Gastrednerin Prof. Dr. Rita Süßmuth durchgeführt haben.

Der vierte Integrationsgipfel der Bundesregierung, an dem ich für die grüne Fraktion auch teilnahm, hielt (natürlich) wieder nicht, was er versprach. Ich teile die Kritik der Migrantenselbstorganisationen und der Wohlfahrtsverbände, dass beim Integrationsgipfel elementar notwendige Bereiche einer umfassenden Integrationspolitik systematisch ausgeblendet werden:

Etwa die Liberalisierung des Einbürgerungsrechts, die Erweiterung von politischen Teilhaberechten (wie zum Beispiel die Einführung des kommunalen Ausländerwahlrechts), die Verbesserung des Gleichstellungs- beziehungsweise des Antidiskriminierungsrechts oder die Verbesserung des Aufenthaltsrechts. Die Bundesregierung redet vom Schutz der Frauenrechte, will aber gleichzeitig in einem aktuellen Gesetzesentwurf die Ehebestandszeit im Aufenthaltsgesetz von zwei auf drei Jahre erhöhen, wodurch Frauen ein Jahr länger in einem ehelichen Gewaltverhältnis ausharren müssen.

Der Integrationsgipfel und die Teilnahme zahlreicher Bundesministerinnen und -minister können nicht davon ablenken, dass die Bundesregierung in der aktuellen Integrationspolitik einen komplett anderen Kurs fährt : besonders deutlich sieht man dies am Bundeshaushalt 2011: Dort wird weder mehr Geld für die Integrationskurse eingestellt, damit alle Interessenten teilnehmen können, noch werden integrationspolitisch sinnvolle Maßnahmen in den Kommunen über das Projekt „soziale Stadt“ weitergeführt. Wir haben in den Haushaltsberatungen bis zur Schlussabstimmung engagiert für eine Erhöhung der Finanzierung der Integrationskurse gekämpft – leider erfolglos.

Auf dem Bundesparteitag im November in Freiburg wurde der Beschluss "Für die Wiederherstellung der Vernunft in der Integrationspolitik" verabschiedet. Diesen Antrag habe ich mit Cem Özdemir, Tarek Al-Wazir und Omid Nouripour zusammen verfasst. Ihr findet den Beschluss in diesem Bericht vor dem Pressespiegel ab Seite 18.

# Kirchen und interreligiöser Dialog

Die Kirchenpolitik ist in diesem Jahr zunehmend mehr in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Mit dem Bekanntwerden von Fällen sexuellen Missbrauchs am Berliner Canisius-Kolleg, die sich in den 70er und 80er Jahren ereignet hatten, wurde eine Welle losgetreten, die viel bislang verstecktes ans Tageslicht gebracht hat.

Betroffen vom Missbrauchsskandal waren natürlich nicht nur die Kirchen, sondern auch weltliche Institutionen.

Besonders die Kirchen trifft aber eine tiefe Schuld, die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte wiegen schwer. Gerade die katholische Kirche befindet sich in einer tiefen Vertrauenskrise. Die im Herbst vorgestellten Leitlinien kamen spät, sind aber gelungen. Opferschutz geht vor Institutionenschutz – in diesem Sinne ist die Präzisierung der Leitlinien zu verstehen.

Ich habe in diesem Zusammenhang mit Kolleginnen und Kollegen der Fraktion einen Forderungskatalog aufgestellt, der die Rechte und den Schutz der Kinder und Opfer in den Mittelpunkt stellt. Für uns ist eine systematische Aufarbeitung des Kindesmissbrauchs in Schul-, Betreuungs- und Freizeiteinrichtungen notwendig. Dafür haben wir einen umfassenden Forderungskatalog aufgestellt:

Für Aufarbeitung und Entschädigung muss unmissverständlich gelten:

- Den Betroffenen eine Stimme verleihen: Aufklärung durch unabhängige Dritte – schnell und vertrauensvoll
- Einrichtung einer unabhängigen Kommission durch den Deutschen Bundestag zur Aufklärung und Aufarbeitung
- Schaffung einer unabhängigen Anlaufstelle für die Betroffenen in dieser Kommission
- Anerkennung des Leidens der Betroffenen: Einrichtung eines Entschädigungsfonds

## **Für die Zukunft muss unmissverständlich gelten:**

- Kinder und Jugendliche sind Schutzbefohlene der gesamten Gesellschaft. Ihr Schutz hat stets Vorrang vor dem Schutz der Institutionen und ihrer MitarbeiterInnen.
- Kindern und Jugendlichen muss eine angstfreie Kommunikation für ihre Anliegen institutionell und systematisch ermöglicht werden. Dafür muss es Anlaufstellen geben, an die sich Kinder und Jugendliche bei Gefährdung wenden können (unabhängige Dritte). Diese Dritten unterstützen die Kinder und Jugendliche auch bei der Formulierung von Strafanzeigen.
- Wo Kinder und Jugendliche betreut werden, muss es transparente Regeln für alle MitarbeiterInnen zum Wohl der Kinder und Jugendlichen im Umgang mit dem Verdacht auf Missbrauch geben (Eignungsprüfung, Qualifizierung).

- RichterInnen schulen, Verjährungsfristen prüfen.
- Die Institutionen und Einrichtungen haben dafür Sorge zu tragen, dass alle Fälle von Missbrauch und Misshandlung, allerdings zwingend unter Respektierung des Opferwillens künftig den staatlichen Stellen angezeigt werden, denn wir glauben, dass jeder, dem Kinder anvertraut werden, hierzu die moralische Pflicht hat.

Darüber hinaus diskutieren wir insbesondere im AK Innen und Recht, aber auch in der ganzen Fraktion, eine Veränderung der Verjährungsfristen.

Der mittlerweile von der Bundesregierung nach einigem Hickhack unter den Ministerinnen Schröder, Schavan und Leutheusser-Schnarrenberger eingerichtete Runde Tisch wird von der Fraktion und dem AK engmaschig begleitet. Eine Regel für die Entschädigungen ist hier langsam überfällig. Ich habe gefordert, dass der runde Tisch gegen Missbrauch bis Ende des Jahres Empfehlungen für die Entschädigung von Missbrauchsoptionen vorlegen. Die Opfer erwarten in Entschädigungsfragen zu Recht eine schnelle Einigung. Die Bundesregierung muss daher einen Kompromiss mit allen beteiligten Institutionen vorantreiben.

Ein weiteres sehr wichtiges Thema, mit dem ich intensiv befasst bin, ist die rechtliche Gleichstellung des Islam. Ich setze mich deshalb dafür ein, dass muslimische Schüler konfessionellen Religionsunterricht erhalten, wie er in Art. 7 Abs. 3 Grundgesetz vorgesehen ist. Ein solcher Religionsunterricht ist an verfassungsrechtlichen Mindeststandards ausgerichtet und staatlich kontrolliert. Dies sorgt dafür, dass ein toleranter, weltoffener und demokratischer Islam gelehrt wird.

Ich wende mich entschieden dagegen, wenn in den der aktuellen Integrationsdebatte pauschal "den Muslimen" und "dem Islam" mangelnde Integrationsfähigkeit unterstellt wird. Damit werden Millionen hier lebender Menschen vor den Kopf gestoßen. Schüren von Vorurteilen, Spaltung der Gesellschaft, Eindreschen auf Minderheiten - das sind die klassischen Rezepte aus der rechtspopulistischen Giftküche.

Die allermeisten Muslime leben in Deutschland rechtstreu und als Angehörige ihrer Religion, ohne dass daraus ein Interessenkonflikt entsteht.

Von allen religiösen Organisationen, die eine vertiefte Kooperation mit dem Staat anstreben, erwarte ich, dass sie sich für die Verwirklichung der Menschenrechte einsetzen. Dazu zählt der Einsatz für die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Frauen, ein aktives Eintreten gegen Antisemitismus sowie die Verurteilung der Diskriminierung von Lesben und Schwulen.

Ein Wort als Mitglied des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken:

Die hochaktuelle Aussage des Papstes, Kondome in Ausnahmefällen zuzulassen, begrüße ich natürlich. Die Papst-Äußerungen sind zwar ein erster Schritt weg von einer Verdammung und hin zur einer Humanisierung der Sexualität: Ein wirklicher Fortschritt ist aber erst erreicht, wenn der Papst sich auch in der Lehrmeinung zu einer Lockerung bekennt.

Ein wichtiger Aspekt in der Kirchenpolitik ist die Vernetzung mit den Akteuren – in Gesprächen und im direkten Austausch erreicht man mehr als mit unspezifischer Konfrontation und Ablehnung. Ich scheue mich nicht, die Kirchen zu kritisieren, wo es nötig ist – und es ist nötig, sei es im Hinblick auf Schwulenrechte, sei es im Hinblick auf den Schutz vor AIDS oder anderes. Natürlich spreche ich Forderungen und Konflikte auch offen an – so z.B. in meiner Rücktrittsforderung an Bischof Mixa, als bekannt wurde, dass er zu seiner Verteidigung gelogen hat. Sein verspätetes Eingeständnis, doch Kinder und Jugendliche geschlagen zu haben, diene nur seiner eigenem Schutz und war eine Verhöhnung der Opfer. Dies habe ich auch klar so gesagt.

Oft erreiche ich auch sicherlich mehr, weil ich in Kirchenkreisen mittlerweile sehr gut vernetzt bin.

Ein Beispiel dafür sind die Empfänge der Fraktion anlässlich der Kirchen- und Katholikentage, wo alles vorbeikommt, was Rang und Namen hat. Außerdem kann ich an zentraler Stelle im wichtigsten katholischen Laiengremium – dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken – als Sprecher des dortigen Sachbereiches für politische Grundfragen inhaltlich wegweisend wirken.

# Mein Engagement in Rheinland-Pfalz

Das abgelaufene Jahr hat allen Verantwortlichen im Landesverband vor Augen geführt, was es bedeutet, eine Landtagswahl ohne eine Landtagsfraktion im Hintergrund vorzubereiten.

Bereits seit Anfang des Jahres habe ich intensiv in einigen Landesarbeitsgemeinschaften an der Entwicklung eines Landtagswahlprogramms mitgearbeitet. Ich meine, dass es uns gelungen ist, ein Programm zu entwickeln, das den Herausforderungen, die in den kommenden Jahren zu bewältigen sind, gerecht wird.

Sowohl in den Bereichen Bürgerrechte, Teilhabe, Polizei und Justiz als auch in den Bereichen Vielfalt und Toleranz haben wir mit unserem Programm eine gute Basis gelegt, um echte Fortschritte zu erreichen. Mit unserem Integrationsprogramm beispielsweise können wir es schaffen, die soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe der Menschen mit ausländischen Wurzeln zu verbessern. Die Großkonflikte um Stuttgart 21 oder aber auch um die Atommüllfrage zeigen auf, dass wir neue Formen der Mitsprache und Information benötigen, durch die wir besser und frühzeitiger eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ermöglichen.

In der Flüchtlingspolitik habe ich mich auch in diesem Jahr kontinuierlich engagiert. Gemeinsam mit anderen Verantwortlichen aus unserem Landesverband haben wir uns bei mehreren Gelegenheiten über die Zustände in Rheinland-Pfalz informiert und uns mit Verbänden und Gruppen aus dem Flüchtlingsbereich getroffen. Dabei ging es sowohl darum, sich auszutauschen und sich über die Arbeit und den Stand zu informieren, als auch gemeinsam zu überlegen, wie man gemeinsame Ziele am besten erreichen kann.

Das oberste Ziel dabei ist es zweifellos, eine humanere und an den Menschenrechten orientierte Flüchtlingspolitik zu implementieren. Die Politik der Landesregierung ist schlecht, wenn auch im Vergleich zu anderen Bundesländern nicht ganz so skandalös. Es gibt aber auch bei uns in Rheinland-Pfalz vieles zu kritisieren und zu verändern. Dazu zählen an allererster Stelle die menschenrechtswidrigen Zustände im Abschiebegefängnis in Ingelheim und in der Landesunterkunft für Ausreisepflichtige in Trier. Bei beiden Institutionen konnten wir uns im abgelaufenen Jahr abermals ein eigenes Bild von den desolaten Zuständen machen und auch davon, dass es beide Institutionen nur deshalb gibt, um die Flüchtlinge unter Druck zu setzen. Diese Politik zu verändern, wird im Flüchtlingsbereich sicherlich eines der ersten und wichtigsten Ziele einer zukünftigen Landtagsfraktion. Dabei möchte ich gerne mithelfen.

Wie auf Bundesebene haben wir auch auf Landesebene vehement und kontinuierlich gegen den Ausstieg aus dem Atomausstieg gekämpft. Ich habe selbst auf diversen Veranstaltungen und Demonstrationen - ob in Biblis, in Berg oder bei den Montagsspaziergängen in Koblenz - feststellen dürfen, dass der Wille, gegen die

Laufzeitenverlängerung zu kämpfen, immens groß ist. Daher bin ich auch sicher, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Auch das Thema Bahnlärm im Rheintal hat mich beschäftigt und wird mich in meiner Tätigkeit im Bundestag weiterbeschäftigen. Genauso wie mein Fraktionskollege Toni Hofreiter, der sich bei einer Veranstaltung in Leutesdorf (KV Neuwied) selbst ein Bild von der Situation im Rheintal machen konnte, werde ich mit weiterhin für mehr Lärmschutz einsetzen. Leider haben wir als Oppositionspartei nicht die Möglichkeiten einer Regierungspartei. Das müssen wir leider immer wieder feststellen, wenn unsere Anträge für mehr Lärmschutz von den Regierungsparteien blockiert werden. Ich meine, dass auch die Landesregierung mehr tun muss, aber auch dies ist ein Fall für unsere künftige Landtagsfraktion.

Auch das Thema Mittelrheinbrücke wird ein Dauerbrenner bleiben. Das Wort skandalös ist in den vergangenen Wochen sehr häufig im Zusammenhang mit der Landesregierung gefallen. Zu Recht wie ich meine. Und nun kommt ein weiterer Vorgang ans Tageslicht, der nicht anders als skandalös bezeichnet werden kann.

Vor etwa zwei Wochen hat die Landesregierung die Kostenkalkulationen für die Mittelrheinbrücke mal flott von 40 auf 60 Millionen korrigiert. Es ist unfassbar, wie die Landesregierung mit dem Vermögen der Menschen in Rheinland-Pfalz umgeht und es ist genauso unfassbar, wie die SPD versucht, mit falschen Zahlen, Lügen und Verheimlichungen die von ihr gewollten Projekte durchzudrücken. Bereits im Februar des Jahres habe ich in einer Pressemitteilung prophezeit, dass die Kostenangaben der Landesregierung niemals stimmen können. Nun können wir alle erleben, dass die Landesregierung abermals getrickst, getarnt und getäuscht hat.

# Ausblick

## Die Landtagswahl am 27. März 2011

Aus den Wahlumfragen zur kommenden Landtagswahl kann man einen positiven Trend für uns GRÜNE in Rheinland-Pfalz schließen. Das beste jemals bei landesweiten Wahlen erreichte Ergebnis scheint nicht unmöglich.

Die Umfragezahlen von zuletzt 16 Prozent sind sicherlich auch eine Bestätigung unserer guten Konzepte, für die wir im Bund, im Land auf kommunaler Ebene mit großem Engagement streiten. Klar ist, dass unsere Ausgangslage für die Wahl sehr gut ist, noch klarer ist für mich allerdings, dass Umfragezahlen keine Wahlergebnisse darstellen und dass wir den Fehler vermeiden sollten, uns zurückzulehnen und auf den Wahltag zu warten.

Auch ich möchte in den kommenden Wochen und Monaten mit aller Kraft den Landesvorstand, die Spitzenkandidatin und den Spitzenkandidaten, alle Listen- und DirektkandidatInnen sowie alle Kreisverbände in ihrem, in unserem Wahlkampf unterstützen.

Wie auch in den vergangenen Wahlen wird es im Wahlkampf darauf ankommen, mit klaren Botschaften die Wählerinnen und Wähler dazu zu bewegen, am Wahltag uns GRÜNEN ihre Stimme zu geben.

Daher ist es notwendig, mit unseren vorhandenen Ressourcen effektiv umzugehen. Dies bedeutet aus meiner Sicht, dass wir einerseits im Wahlkampf möglichst große Kontaktzahlen erreichen, z.B. durch Infostände an stark frequentierten Orten oder auch durch Kneipentouren. Andererseits wird es wichtig sein, mit MultiplikatorInnen ins Gespräch zu kommen und für unsere Politik zu werben. Gerne würde ich daher mit Euch vor Ort Termine durchführen, die diesen Zielen entsprechen. Immer wichtig ist es, Presseresonanz zu erzeugen, auch wenn es durch die rheinland-pfälzischen Besonderheiten bezüglich der Presselandschaft schwierig ist.

Bei der Erarbeitung des Entwurfes für das Landtagswahlprogramm habe ich mich vorwiegend mit den Themen befasst, die ich auch auf der Bundesebene federführend vertrete. Dazu gehören alle Bereiche der Innenpolitik (Polizei, Justiz, Datenschutz, Teilhabe), der Integrations- und der Flüchtlingspolitik. Veranstaltungen mit diesen Themenbereichen sind daher sicherlich sehr sinnvoll.

Leider nimmt der Sitzungsplan des Deutschen Bundestages keine Rücksicht auf unsere Landtagswahl. Daher bitte ich Euch, frühzeitig Terminabsprachen mit meinem Mitarbeiter Giuseppe Lipani im Rheinland-Pfalz-Büro in Koblenz vorzunehmen.

Ich freue mich bereits auf intensiven und engagierten Wahlkampf mit Euch vor Ort. Lasst uns gemeinsam dazu beitragen, das kommende Jahr zu einem Erfolgsjahr GRÜNER Politik in Rheinland-Pfalz zu machen.